

PRESSEMITTEILUNG

- Mit der Bitte um Veröffentlichung -

Wiesbaden, 4. Mai 2020

Zukunft der Uniklinken Gießen und Marburg: Gesundheitsversorgung darf nicht an den Aktienmärkten entschieden werden

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wird am Mittwochvormittag im Landtag eine Debatte zum Streit der Großaktionäre Asklepios und B. Braun Melsungen um die Aktienmehrheit bei der Rhön AG stattfinden, zu der auch das Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) gehört. Dazu erklärt Jan Schalauske, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und Marburger Landtagsabgeordnete:

„Mit unserem Setzpunkt in der nun beginnenden Plenarwoche wollen wir klarmachen: Der Kampf der Großaktionäre Asklepios und B. Braun Melsungen um die Aktienmehrheit an der Rhön-AG ist nicht nur ein Trauerspiel für Beschäftigte und Patienten. Er ist zudem ein weiterer Beleg dafür, dass über unsere Gesundheitsversorgung nicht an den Aktienmärkten entschieden werden darf.

Eine Übernahme der Rhön-AG durch Asklepios ist keine Lösung. Denn Tariffucht und Kündigungsversuche gegen Betriebsräte gehören bei Asklepios leider zum Tagesgeschäft.

Für DIE LNKE steht fest: Die Privatisierung des Universitätsklinikums durch die CDU-geführte Landesregierung unter Roland Koch war ein gravierender Fehler. Die Übernahmeschlacht an den Aktienmärkten macht erneut deutlich, dass das Uniklinikum in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden muss.“

Hinweis: Antrag anbei